

INTEGRATIVE THERAPIE

ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE PSYCHOTHERAPIE UND METHODENINTEGRATION

Integration - Möglichkeiten und Grenzen Interdisziplinäre Diskurse

Johann Götschl: Wege zur Integration? Dynamische Zusammenhänge zwischen Disziplinarität und Interdisziplinarität. Wissenschaftsphilosophische Zugänge

Peter Filzmaier: Integration als politische „Mission impossible“? Ein Thema zwischen Inhalten und Wettbewerbslogik

Klaus Ottomeyer: Flucht, Trauma, Integration in der heutigen Gesellschaft

Rudolf Richter: Integration wohin? Ist Integration in einer globalisierten Welt möglich?

Klaus Dörner: Die Funktion der Ethik für die Integration

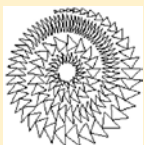
Günter Schiepek: Integration in der Psychotherapie - Was kann die Neurobiologie leisten? Welche Kriterien sollte eine Integration erfüllen? Wie sieht eine Integration auf der Basis der Synergetik aus?

Ilse Orth/Hilarion G. Petzold: Leib, Sprache, Geschichte in einer integrativen und kreativen Psychotherapie. Über die Heilkraft von „Poesietherapie“ und „kreativen Medien“

Marianne Springer-Kremser, Katharina Leithner-Dziubas, Alexandra Fritz: Ist die Psychotherapie weiblich? Zur Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit als eine potentiell wichtige Variable in psychotherapeutischer Praxis und in der Psychotherapieforschung

Christian Pieringer/Walter Pieringer: Die Kontroverse zwischen Psychotherapie und Psychopharmakotherapie. Zur Theorie

Theodor Meißel: Zur Kontroverse zwischen Psychotherapie und Psychopharmakotherapie. Zur Praxeologie



INTEGRATIVE THERAPIE

ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE PSYCHOTHERAPIE UND METHODENINTEGRATION

Begründet von Charlotte Bühler (†) und Hilarion Petzold

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. Dr. *Hilarion G. Petzold*, Düsseldorf/Amsterdam/Paris
Prof. Dr. med. *Anton Leitner*, Krems

Mitherausgeber: Dr. phil. *Renate Frühmann*, Salzburg • Prof. Dr. phil. *Michael Märten*, Ev. Fachhochschule Frankfurt
• Prof. Dr. phil. *Heidi Möller*, Universität Kassel • Dipl.-Sup. *Ilse Orth*, MSc. Europäische Akademie für psychosoziale
Gesundheit, Hückeswagen • Dipl.soz.päd. *Peter Osten*, MSc. Fritz Perls Institut, Düsseldorf • Prof. Dr. med. *Ulrich Sch-
nyder*, Psychiatrische Poliklinik, Universitätsspital Zürich • Prof. Dr. päd. *Waldemar Schuch* M.A., Donau-Universität
Krems

Redaktion: *Christiana Maria Edlhaime-Hrubec*, MAS

Wissenschaftlicher Beirat: Univ.-Prof. Dr. phil. *Reiner Bastine*, Psychologisches Institut der Universität Heidelberg
• Univ.-Prof. Dr. *Urs Baumann*, Psychologisches Institut der Universität Salzburg • Univ.-Prof. Dr. *Josef Egger*, Univ.
Klinik für Medizinische Psychologie und Psychotherapie Graz • Univ.-Prof. Dr. *Winfried Huber*, Lehrstuhl f. Klinische
Psychologie der Universität Löwen • Univ.-Prof. Dr. med. *Horst Kächele*, Abt. Psychotherapie der Universität Ulm •
Univ.-Prof. Dr. med. Dr. phil. *Uwe Koch*, Abt. für Medizinische Psychologie des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf •
Univ.-Prof. Dr. phil. *Jürgen Kriz*, Fachbereich Psychologie der Universität Osnabrück • Dr. med. *Grete A. Leutz*, Moreno
Institut Überlingen • Univ.-Prof. Dr. phil. *Harry Schröder*, Fachbereich Psychologie der Universität Leipzig

International Board: Approaches to therapy: *George I. Brown*, Santa Barbara, Integrative Pädagogik (Confluent Educa-
tion) • *Ruth C. Cohn*, Düsseldorf, Themenzentrierte Interaktion • *Fanita English*, Philadelphia, Transaktionale Analyse •
Bernd Fittkau, Hamburg, Transpersonale Psychologie • *Stanislav Grof*, Big Sur, Psycholytische Therapie • *Jack J. Leedy*,
New York, Poesietherapie • *Alexander Lowen*, New York, Bioenergetische Analyse • *Ilse Middendorf*, Berlin, Atemthera-
pie • *Zerka T. Moreno*, New York, Psychodrama • *Herbert Otto*, La Jolla, Persönlichkeitsentfaltung (Personal Growth) •
Anne A. Schützenberger-Ancelin, Paris, Gruppendynamik • *Johanna Sieper*, Düsseldorf, Therapeutisches Theater • *Jan
Velzeboer*, Maarsen, Kreativitätstraining • *Carl Whitaker*, Madison, Familientherapie • *Ken Wilber*, Boston, Spektrum-
Psychologie • *Joseph Zinker*, Cleveland, Gestalttherapie

Ehemalige Boardmitglieder: *George Bach* • *Kenneth D. Benne* • *Vladimir N. Iljine* • *Klaus Grawe* • *Hanscarl Leuner* • *Jakob
L. Moreno* • *Lore Perls* • *Virginia Satir* • *Norbert Nagler*

INTEGRATIVE THERAPIE • Erscheinungsweise: viermal jährlich in freier Folge

Bezugspreis: Einzelheft € 11,-, Doppelheft € 22,-, Studentenabonnement € 33,-, Jahresabonnement € 42,-, zzgl. Ver-
sandkosten

Schriftleitung: Prof. Dr. H. Petzold, FPI, Achenbachstraße 40, D-40237 Düsseldorf
Prof. Dr. med. Anton Leitner, Dr. Karl Dorrek Straße 30, A-3500 Krems

Redaktion: *Christiana Maria Edlhaime-Hrubec* MAS, Kaiserstraße 13, A-1070 Wien

Manuskripte und Buchbesprechungen sind an die Schriftleitung in zwei Exemplaren zu senden. Richtlinien zur Erstel-
lung von Manuskripten sind bei der Redaktion erhältlich.

© Mit der Veröffentlichung in der Zeitschrift gehen sämtliche Verlagsrechte, insbesondere das der Übersetzung, an die
FPI-Publikationen, D-40237 Düsseldorf. Auch der auszugswise Nachdruck bedarf der schriftlichen Genehmigung.

Edition Donau-Universität Krems, Dr. Karl-Dorrek Straße 30, A-3500 Krems

Verlag: Krammer Verlag, Kaiserstraße 13, A-1070 Wien

Peter Filzmaier

Integration als politische „Mission Impossible“?¹ Ein Thema zwischen Inhalten und Wettbewerbslogik

Menschen haben Angst vor dem Fremden und Unbekannten. Was immer psychologische und/oder soziologische bzw. demographische Ursachen und Erklärungen dafür sind, aus Sicht der Politik- und Kommunikationsforschung ist das jedenfalls für die Bevölkerung Österreichs empirisch eindeutig belegbar: Ängste vor Negativentwicklungen in der heimischen Politik sind in jenen Bereichen am stärksten ausgeprägt, die im weiteren Sinn mit Einflüssen aus dem Ausland zu tun haben. Weniger als ein Drittel der ÖsterreicherInnen - gar nur 22 Prozent im Jahr 2005 (vgl. *Filzmaier* 2005) - sieht Vorteile infolge der Globalisierung. Umgekehrt befürchten konstant ungefähr zwei Drittel mehr nachteilige Auswirkungen durch die Politik der Europäischen Union.

Im Herbst 2005 bewerteten lediglich 38 Prozent in Österreich die EU-Mitgliedschaft als positiv. Bezeichnenderweise wird in den hinsichtlich der EU-Befürwortung und -Zustimmung führenden Ländern – das sind traditionell vor allem die BENELUX-Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg u.a. – deren Politik als Innenpolitik gesehen, in Österreich hingegen als Teil der Außenpolitik. Mit EU-ropäischer Integration wird am stärksten die Kriminalitätsbekämpfung in Verbindung gebracht, ebenso rangiert die Klärung von Einwanderungsfragen an vorderer Stelle (vgl. *Europäische Kommission* 2007, 22ff).

1. Das „Ausländerthema“ in der öffentlichen Meinung

Eine zu den EU-SkeptikerInnen ähnliche Zweidrittel-Mehrheit fühlt sich in Österreich durch „immer mehr Ausländer“ benachteiligt. Unter vielen denkbaren Negativentwicklungen stellen (siehe dazu die Abbildung 1) jene 68 Prozent, die eine ständige Zunahme der Zahl der AusländerInnen „sehr“ oder „etwas“ als Bedrohungsszenario empfinden, einen Spitzenwert dar. Im Vergleich dazu waren im Frühjahr 2005 - zu dieser Zeit gab es keine unmittelbar intervenierenden Variablen durch eine Wahlkampf- oder sonst wie politisch besondere Situation - Befürchtungen von den nachteiligen Auswirkungen der EU-Politik (62 Prozent) über schlechteren

¹ Die nachstehenden Ausführungen stellen die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrags des Autors mit gleichem Titel an der Donau-Universität Krems dar, gehalten im Rahmen des 4. Kremser Symposiums Psychotherapie und Medizin unter dem Motto „Integration - Möglichkeiten und Grenzen“, 30. Mai bis 2. Juni 2007. Thema für die politische Kommunikationsforschung ist ausschließlich eine Beschreibung von Einstellungen der Bevölkerung im Zusammenhang von Integration bzw. die Analyse daraus resultierender Konsequenzen für die Logik des Wettbewerbs politischer Akteure. Es geht weder um eine vollständige Ursachenforschung noch um eine Bewertung von Integration als inhaltliches Politikfeld im Sinn einer von demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern dafür zu definierenden *policy*.

Schulen (35 Prozent) bis hin zu einem mangelnden Gemeinschaftsgefühl (27 Prozent) deutlich geringer. Sogar Ängste vor familiären Verlusten, Krankheit oder Arbeitslosigkeit sind kaum stärker als die Fremdenangst.

Die Empfindung eines „Ausländerproblems“² - als subjektives Gefühl spürbarer (Negativ-)Entwicklungen - durch die österreichische Bevölkerung steigt mit dem Lebensalter als Generationenkluft (*generation gap*) und ist interessanterweise als Geschlechterkluft (*gender gap*) unter Frauen deutlich stärker ausgeprägt. Fast drei Viertel (71 Prozent) der über 50-Jährigen sehen „sehr“ oder „etwas“ Negativentwicklungen durch immer mehr AusländerInnen, während das lediglich bei klar weniger als zwei Drittel der unter 30-Jährigen (57 Prozent) der Fall ist. In Relation noch stärker sind die Differenzen nach der Intensität solcher Gefühle, d.h. ältere Menschen fühlen sich in Österreich ganz besonders stark durch AusländerInnen in ihrem Alltagsleben beeinträchtigt.

Überraschend ist, dass das ebenso für Frauen - in einem Verhältnis von 52 Prozent gegenüber 28 Prozent bei den Männern – gilt. Eine Erklärung dafür allein aufgrund von Umfragedaten ist nicht möglich. Lediglich als Hypothese ist denkbar, dass Frauen sowohl aufgrund eines höheren Sicherheitsbedürfnisses als auch in ihren Arbeitsverhältnissen (mit geringerem Einkommen, mehr Teilzeit, häufiger prekären Beschäftigungsformen usw.) eher AusländerInnen als Bedrohung empfinden. Anhand von *focus groups* der Wahlforschung von 2002 bis 2006 kann das tendenziell bestätigt werden.³ Dem entgegen steht die Tatsache, dass tendenziell Frauen ansonsten als *gender gap* sowohl in Österreich als auch im internationalen Vergleich eher Mitte-Links-Parteien bevorzugen (Plasser, Ulram et al. 2003, 97ff; Plasser, Ulram et al. 2007, 161f). Deren WählerInnen gelten jedoch im Allgemeinen zu AusländerInnen aufgeschlossener eingestellt.

² Die sowohl wissenschaftlich als auch inhaltlich völlig unpassende Bezeichnung „Ausländerproblem“ wird an dieser Stelle verwendet, weil sie in *focus groups* - siehe unten - zur politischen Stimmungslage in Österreich geradezu symbolisch für die Wortwahl bei xenophoben und/oder ausländerfeindlichen Einstellungen ist. Ansonsten wäre eine solche Bezeichnung nicht bloß falsch, sondern zudem methodisch ungeeignet. Die Fragestellung, ob es ein „Ausländerproblem“ geben würde, könnten nämlich Rassisten und Menschen, welche den Rassismus für das Problem halten, gleichermaßen bejahen.

³ Alle auf *focus groups* bezogenen Angaben verstehen sich unter Bezug auf im Rahmen von Wahlforschungsprojekten der Donau-Universität Krems regelmäßig durchgeführten Gesprächsrunden als Gruppendiskussionen mit Moderation in allen Bundesländern. Diese Gruppendiskussionen zu je etwa 90 Minuten und mit jeweils acht bis zwölf Personen sind zur Vorbereitung und/oder Fortführung quantitativer Meinungsumfragen gedacht. Zielgruppe ist die jeweilige Wählerschaft. Die Durchmischung der Gruppen erfolgt hinsichtlich Parteipräferenz, Geschlecht, Alter und sozialem Niveau.

Das Erkenntnisinteresse liegt der Methode von *focus groups* entsprechend (Breitenfelder 2004) auf prinzipiellen Fragestellungen nach Themen und Personen, d.h. einer Bestandsaufnahme der wichtigsten Themen bzw. Stimmungslagen der Öffentlichkeit und ihrer Reflexion durch die Wähler als Zielpublikum. Das „Ausländerthema“ wurde dabei in allen Fällen angesprochen.

Abbildung 1: Subjektive Empfindung eines "Ausländerproblems" durch die österreichische Bevölkerung (2005)

		sehr	etwas	weniger	gar nicht
	Gesamt	45	23	16	17
Geschlecht	Männer	38	25	20	18
	Frauen	52	22	13	12
Alter	unter 30 Jahre	29	28	11	31
	30 bis 49 Jahre	44	24	17	13
	über 50 Jahre	50	21	18	10
Parteipräferenz	SPÖ	50	22	16	9
	ÖVP	43	28	17	11
	Grüne	19	16	23	41
	FPÖ/BZÖ	59	10	15	14
Politische Einstellung nach Selbstverortung	links	23	22	26	28
	Mitte	49	24	14	12
	rechts	50	27	13	9
FPÖ-Potential	ja	60	19	11	10
	nein	39	25	18	10

Angaben in Prozent. Mögliche Abweichungen bei Absolutzahlen und Prozentwerten aufgrund von Rundungsdifferenzen. Der Rest auf 100 machte jeweils keine Angabe.

Quelle: OGM im Auftrag der Abteilung Politische Bildung und Politikforschung an der Universität Klagenfurt, Wien/Klagenfurt 2005, als nicht veröffentlichter Forschungsbericht siehe Filzmaier 2005.

Repräsentative Telefonbefragung für ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren nach dem Quotenverfahren im April/Mai 2005, n = 1.000, maximale Schwankungsbreite +/- 3,2%. Faktorengewichtung laut Media-Analyse 2004 und Statistik Austria Volkszählung 2001.

Die Fragestellung lautete: "Welche der folgenden Entwicklungen [immer mehr Ausländer] spüren sie sehr, etwas, weniger oder gar nicht?"

Nach der Parteipräferenz freilich ist nur für AnhängerInnen der Grünen nachweisbar, dass sie deutlich weniger - zu fast zwei Drittel (64 Prozent) „wenig“ oder „gar nicht“ - die angesprochenen Negativentwicklungen durch „immer mehr Ausländer“ sehen. Bei den vermeintlich ebenso links-liberaleren SPÖ-AnhängerInnen ist kein solcher Unterschied zur rechts-konservativen ÖVP feststellbar. Auch das ist eine mögliche Erklärung des umgekehrten *gender gap* beim Thema AusländerInnen, und beweist insbesondere, dass die SPÖ in dieser Frage aus rein strategischer Sicht Mitte-Rechts-Positionen einnimmt bzw. einnehmen müsste, will sie auch bei der eigenen Klientel mehrheitsfähig sein. Sowohl 50 Prozent der SPÖ-AnhängerInnen als auch der sich selbst als politisch rechts orientiert bezeichnenden ÖsterreicherInnen spüren nach ihren Angaben „sehr“ immer mehr AusländerInnen.

Damit ist diese Gruppe größer als der Vergleichswert von 43 Prozent unter den ÖVP-AnhängerInnen. Bei Hinzurechnung derjenigen, die das „etwas“ so sehen, ergeben sich kaum noch Abweichungen zwischen den Groß- und momentanen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Mit Abstand am stärksten ist mit fast 60 bzw. in Summe fast 70 Prozent die Empfindung angeblicher „Ausländerprobleme“ unter den FPÖ-AnhängerInnen. Unter jenen, für welche die FPÖ potentiell wählbar ist, denken sogar 80 Prozent so. Aus statistischen Gründen, weil das BZÖ lediglich in Kärnten eine für die Dateninterpretation ausreichende Anhängerzahl aufweist, beziehen sich dabei entsprechende Angaben in Summe auf beide Rechtsparteien.

Nicht signifikant sind Unterschiede nach dem Bundesland sowie für Stadt- und LandbewohnerInnen, der Kinderzahl und dem Wählertyp nach Stamm- und WechselwählerInnen. Hingegen geben MeinungsführerInnen und MultiplikatorInnen deutlich seltener an, ein „Ausländerproblem“ zu empfinden. Auch mit dem politischen Interesse sinken nach den Umfragedaten sogar Fremdenangst und latente bzw. manifeste Ausländerfeindlichkeit.

Offen bleibt allerdings, inwiefern sozial erwünschte (Prestige-)Antworten dabei eine Rolle spielen, d.h. in Wahrheit in den letztgenannten Gruppen das Thema Integration ebenfalls negativ gesehen wird. Indizien dafür finden sich insbesondere in *focus groups*, welche bei detaillierter Auswertung gleichfalls unter MeinungsführerInnen regelmäßig Wortmeldungen aufweisen, dass es „zu viele falsche Ausländer“ o.ä. geben würde. Das würde sinngemäß für die Gesamtbevölkerung bedeuten, dass generell eine noch höhere Dunkelziffer der wenigstens latenten Ausländerfeindlichkeit besteht. Ähnlich rechtsextremen Aussagen mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus, die rechtlich und gesellschaftlich geächtet sind, bedeutet die Nicht-Aussage verpönter Ansichten in der veröffentlichten Meinung keinesfalls, dass diese Ansichten in der öffentlichen Meinung nicht trotzdem existent wären.

2. Konsequenzen im politischen Wettbewerb

Bei den erhobenen Daten bleibt ausgeblendet, ob es sich um abstrakte und/oder anhand von Lebenssituationen in der Arbeitswelt, der Schule, bei der Wohnungssuche usw. sehr konkrete Ängste handelt. Unabhängig davon beeinflussen jedoch solche Einstellungen gleichermaßen die Integrationspolitik und noch viel mehr den politischen Wettbewerb, weil sowohl jede integrationspolitische als auch eine kampagnetechnische Maßnahme die moderne Fremdenangst inklusive ihrer nationalen Eigenheiten diese Stimmungslage berücksichtigen muss. Wird das nicht getan, werden Sachpolitik und Wahlkampf gemeinsam scheitern.

Das Dilemma ist, dass die Konstruktion von äußeren Feindbildern sachpolitisch objektiv verhindert werden muss, und trotzdem im Wahlkampf subjektiv bestimmten Parteien nutzen kann. Es ist eine Binsenweisheit der Sozialpsychologie, der von ihr analysierten Gruppenprozesse und somit der politischen Kommunikation, dass ein

tatsächlicher oder konstruierter Außenfeind Integrations- und Identifikationseffekte als „Wir-Gefühl“ fördert. Wie man sich um Integration kümmern muss, und wie der Vertrauensgrad dafür verantwortlicher Institutionen verbesserbar ist, interessiert daher die inhaltlich zuständigen Bereichssprecher der Parlamentsparteien. Deren Wahlkampfmanagement will im Gegensatz dazu eine Antwort auf die Frage haben, ob eine entsprechende Politik ihre Chancen erhöht oder mindert.

Im Extremfall steht jedwedes Bemühen um Integration zwangsläufig in Konkurrenz mit einer dadurch drohenden Chancenminderung im politischen Wettbewerb. Dann würde lediglich ein ethischer Grundkonsens – nach dem Muster „So etwas tut man nicht, egal ob und wie viele Stimmen es bringt!“ – den Missbrauch der Integration von ausländischen MitbürgerInnen im Wahlzusammenhang verhindern können. Für die Politikwissenschaft gilt vor diesem Hintergrund zunächst die logische Schlussfolgerung, dass Integration lediglich mit tiefgehender Kenntnis der Spielregeln öffentlicher sowie primär massenmedialer Kommunikation diskutabel ist.

2.1 Wettbewerbsorientierte Positionen der Parteien in Österreich

Die Positionierungen der einzelnen (Parlaments-)Parteien gemessen an deren (Nationalrats-)Wahlprogrammen 2006⁴ - siehe Abbildung 2 - sind daher vor dem skizzierten Kommunikationszusammenhang zu verstehen. Nach der damaligen Kanzler- und Mehrheitspartei ÖVP sollte der Zuzug von AusländerInnen über eine zweckgerichtete Steuerung erfolgen, wobei gemäß dem „Kursbuch Zukunft“ als Wahlprogramm neben den einzuhaltenden Quoten für Zuwanderung die öffentliche Hand verstärkte Integrationsangebote zu offerieren hat. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft soll für die ÖVP entsprechend der aktuellen Gesetzeslage optional nach 10 Jahren erfolgen. Ein Rechtsanspruch besteht nach frühestens 15 Jahren, auf jeden Fall erst nach 30 Jahren.

Allgemein wurde 2006 seitens der ÖVP in Ein- und Zuwanderungsfragen vor allem die Vorrangigkeit österreichischer Interessen und Kenntnisse der deutschen Sprache betont. Klar abgelehnt wurde eine Generalamnestie für sich seit längerer Zeit illegal im Land befindliche AusländerInnen sowie auch ein automatisches Arbeitsrecht bei einer vorliegenden Aufenthaltsbewilligung. Versprochen wurde die – später trotz verfassungsrechtlicher Bedenken von JuristInnen durch die SPÖ-/ÖVP-Koalition 2007 erfolgte - Einrichtung eines Asylgerichtshofs.

⁴ Der Dank des Autors für die tabellarische Übersicht der Parteipositionen in Abbildung 2 gilt auch *Sandra Kern* und *Michael Herb*, Studierende im Master of Science-Lehrgang Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, welche sich im Sommersemester 2007 als Seminararbeitsthema mit den politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten von ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund beschäftigt haben.

Projekt 18 des SPÖ-Wahlprogramms „Den Wohlstand gerecht verteilen: 20 Projekte für mehr Fairness in Österreich“ beschäftigte sich 2006 mit Rechten und Pflichten von Zuwanderung und Integration. Darin wurde analog zur ÖVP eine geregelte Zuwanderung auf Basis österreichischer Interessen gefordert. Die SPÖ schlug zudem vor, dass neue Regeln für die Ein- und Zuwanderung nach Österreich von einer speziellen Kommission erstellt werden. 2005 hatte die SPÖ den Gesetzesvorschlägen von ÖVP und BZÖ zum Staatsbürgerschafts- und Asylrecht im Nationalrat zugestimmt. Nach dem Wahlprogramm 2006 sollte jedoch jede/r, der/die in Österreich rechtmäßig lebt, hier auch legal arbeiten dürfen. Langjährig in Österreich lebende ZuwandererInnen würden darüber hinaus das kommunale Wahlrecht erhalten. Hinzu kamen Ankündigungen besserer Integrationsangebote, der Möglichkeit des Familiennachzugs sowie die - als Wahlsieger und spätere Kanzlerpartei 2007 in den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP nicht realisierte - Einrichtung eines Integrationsstaatssekretariats.

Die u.a. den Familiennachzug ablehnende FPÖ war in ihren Forderungen nach mehr Konsequenz gegen eine zu wenig kontrollierte Zuwanderung ungleich radikaler: Hauptanliegen im nur 12 Seiten umfassenden Wahlprogramm der Partei 2006 waren ein sofortiger Einwanderungsstopp und die verfassungsrechtliche Festschreibung, dass Österreich kein Einwanderungsland wäre. Nicht-ÖsterreicherInnen sollten aus der Sozialversicherung ausgegliedert werden und sich privat versichern müssen. Der Missbrauch von Sozialleistungen durch AusländerInnen wäre strafrechtlich, d.h. mit Gefängnisstrafen zu ahnden. Genauso sei de facto AusländerInnen legale Arbeit zu verunmöglichen. Im Wahlprogramm der FPÖ hieß es: „Beschäftigungsbewilligungen sind für AusländerInnen ausschließlich befristet und nur dann zu erteilen, wenn im entsprechenden Berufszweig ein mittelfristig nicht zu behebender und akuter Arbeitskräftemangel vorherrscht.“

Illegal arbeitende AusländerInnen sollten ebenso wie straffällig gewordene Asylwerber sofort ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren und abgeschoben werden. Verwaltungsrechtlich hätte es einen Straftatbestand der „Anpassungsverweigerung“ zu geben. Zusätzlich verlangt wurde ein Staatssekretariat für Rückführung. Kinder seien nur dann zum Regelunterricht an Schulen zuzulassen, wenn sie die deutsche Sprache ausreichend beherrschten. Im Asylbereich wollte man den Anerkennungsgrund der Traumatisierung abschaffen, d.h. nicht mehr akzeptieren. Das BZÖ zeigte in seinem, ursprünglich nur 10 Punkte einer Powerpoint-Präsentation umfassenden Wahlprogramm eine der FPÖ ähnliche Stoßrichtung mit dem Ziel, die Zahl der in Österreich lebenden AusländerInnen in drei Jahren um 30 Prozent zu reduzieren. Pro Jahr und ausländische Familie wäre darüber hinaus ein Integrationskostenbeitrag in Höhe von 1.000 Euro einzuheben. Ebenfalls angestrebt wurde u.a. die Etablierung eines Asylgerichtshofs und, dass Haftstrafen von AusländerInnen im Heimatland zu verbringen sind.

Die Grünen verlangten in ihrem Programm „Zeit für Grün“ im Gegensatz dazu, im Asylrecht die Abschiebung von traumatisierten Personen ebenso zu unterbinden wie eine Zwangsernährung von Personen in Schubhaft. In der Einwanderungspolitik wurde ein Punktesystem konzipiert, in dem unter anderem Ausbildung und Sprachkenntnisse berücksichtigt sind. Generell propagierten die Grünen Vielfalt im Sinne unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen als eine Bereicherung und Notwendigkeit für jede Gesellschaft. Dabei sollte die Chance auf Einwanderung im Einwanderungsland Österreich bestehen bleiben. Ein

Abbildung 2: Wahlprogramme der politischen Parteien zur Integrationspolitik (2006)

	Ein- und Zuwanderung	Staatsbürgerschaft	Aufenthalt und Arbeitsrecht	Sonstiges
ÖVP	gezielte Steuerung sowie Integration bestehender Gruppen vor Neuzuwanderung	gemäß aktueller Gesetzlage und Betonung österreichischer Interessen	ohne generelles Arbeitsrecht und ohne Generalamnestie	Familienzusammenführung; Sprache als Schlüsselmerkmal
SPÖ	Zuwanderungskommission zur Festlegung neuer Regelungen und Staatssekretariat für Integration	Gesetzlage und österreichische Interessen als Hauptkriterium	Arbeitsmöglichkeiten für alle rechtmäßig in Österreich lebenden Ausländer	Möglichkeit zum Familiennachzug
FPÖ	sofortiger Einwanderungsstopp und Staatssekretariat für Rückführung	kein Rechtsanspruch, optional frühestens nach 15 Jahren	für Ausländer nur befristet und in Ausnahmefällen möglich	kein Zugang zum Sozialsystem sowie keine (Pflicht-)Sozialversicherung für Ausländer
Grüne	Österreich als Einwanderungsland und Punktesystem für Zuwanderung nach Integrationsgrad	Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren Aufenthalt (Rechtsanspruch nach sieben Jahren)	gezielte berufliche Weiterbildung und Arbeitsmarkt-Coaching für Ausländer	Grundrechte auf Integrationsbegleitung und Familienzusammenführung
BZÖ	gezielte Ausweisung und Rückfuhraktionen	kein Recht auf Staatsbürgerschaft	Abschiebung bei Arbeitslosigkeit	kein Familiennachzug; Integrationskostenbeitrag für Ausländer

Quelle: Eigene Darstellung nach den im Herbst 2006 im Internet auf den Parteiseiten verfügbaren Wahlprogrammen von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und BZÖ.

Grundrecht auf Integrationsbegleitung statt des geltenden Integrationsvertrags sowie auf Familienzusammenführung ohne Quoten wurde gefordert. Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft soll für die Grünen nach fünf Jahren Aufenthalt möglich sein, ein verbindlicher Rechtsanspruch nach sieben Jahren bestehen.

Strategisch gesehen ist offenkundig, dass die ÖVP, abgesehen von integrativen Positionierungen bei konservativen Themen wie der Familienpolitik, Positivbotschaften an MigrantInnen, bzw. für eine verstärkte Integration vermied, um ihre Wählerklientel - die zu einem großen Teil beim Integrationsthema rechte Standpunkte vertrat - nicht abzuschrecken und in die Arme von FPÖ oder BZÖ zu treiben. Die beiden letztgenannten Parteien positionierten sich stark gegen fast jede Form von Ein- und Zuwanderung und sprachen damit ihrerseits WählerInnen im rechten Spektrum massiv an.

Die SPÖ stand insofern vor einem strategischen Dilemma, als einerseits rechte Positionen durch ÖVP, FPÖ und BZÖ bereits mehrfach besetzt waren. Andererseits sind – siehe oben – linke Gegenpositionen nicht einmal unter den eigenen AnhängerInnen mehrheitsfähig. Die Folge des SPÖ-Programms war der Versuch eines nicht immer schlüssigen Mittelwegs zwischen Einwanderungsbeschränkungen und –kontrollen sowie Signalen für eine in manchen Bereichen leichtere Zuwanderung und Integration.

Die Grünen haben als einzige Partei klare inhaltliche Angebote an eingebürgerte WählerInnen und VerfechterInnen einer liberalen Integrationspolitik gerichtet, um deren Stimmen zu gewinnen. Bei der langfristigen Ansprache ihrer (potentiellen) Klientel gehen die Grünen auch langfristig weiter als die SPÖ, indem sie nicht nur das kommunale Wahlrecht für langjährig hier lebende AusländerInnen verlangten, sondern die Staatsbürgerschaft nach einer Lebenszeit in Österreich von fünf Jahren.

2.2 Kommunikationsstrategien in der Nationalratswahl 2006

Im österreichischen Nationalratswahlkampf 2006 wetteiferten letztlich zwei Parteien - FPÖ und BZÖ - darin, wer eine angeblich bessere und salonfähigere Schuldzuweisung an AusländerInnen betreibt. Neben ideologischen Aspekten wurde der Grund dafür bereits beschrieben: Etwa zwei Drittel der ÖsterreicherInnen vertritt zu den Themen Migration oder Asyl typisch rechte Forderungen bis hin zum Einwanderungsstopp. Dieselbe Zahl ist subjektiv überzeugt, es würde immer mehr Ausländer geben, ohne sich von ihrer Meinung abbringen zu lassen.

Der/die/das Fremde ist demnach aus Sicht vieler ÖsterreicherInnen verantwortlich, ob jemand arbeitslos ist, unter schlechten Wohnverhältnissen leidet und/oder sich um die Schulbildung sorgt. Es wäre falsch, die Fremdenangst automatisch mit Ausländerfeindlichkeit gleichzusetzen. Unzweifelhaft wissen in Österreich Ewiggestrige einen Restbestand von Gleichgesinnten hinter sich. Eine Partei der

Alt-Nazis und notorischen RassistInnen würde trotzdem den Parlamentseinzug verfehlen. Das Potential rechtspopulistischer Parteien ist ungleich größer. Es bewegt sich im klar zweistelligen Bereich.

Der politische Wettbewerb für eine Nationalratswahl wird zudem weder nur durch Themenmanagement noch allein durch mehr oder weniger sympathische Politiker bzw. deren Image und schon gar nicht ausschließlich von Werbebotschaften entschieden. Entscheidend ist ein stimmiger Zusammenhang des Themas mit Personen und deren Botschaften in Dreiecksform, wobei am Anfang die Themenauswahl stehen sollte. In dieser Hinsicht, d.h. ohne es moralisch zu bewerten, wies die FPÖ 2006 ein extrem stimmiges Dreieck auf (siehe Abbildung 3): Das Thema Einwanderungspolitik bzw. die Metaebene Ausländerpolitik wurde von Parteichef und Spitzenkandidat *Heinz-Christian Strache* mit der Botschaft „Für die Heimat!“ vulgo unterschwellig „Ausländer raus!“ sehr wirksam kommuniziert.

Abbildung 3: Kampagnedreieck Thema, Botschaft und Person der FPÖ im Nationalratswahlkampf 2006

		Thema <i>Ausländer</i>		
	↙ ↘		↘ ↙	
Person <i>Heinz Christian Strache</i>		→ ←		Botschaft <i>Für die Heimat!</i>

Quelle: Eigene Darstellung nach Filzmaier 2007, 25-33.

Die Effizienz des FPÖ-Kampagnedreiecks ist anhand der Wahlmotivforschung bzw. durch Wahltagsbefragungen (vgl. *OGM, DUK 2006; Filzmaier, Hajek 2007, 77ff*) am besten zu beweisen. Von allen FPÖ-WählerInnen, das waren etwa 11 Prozent der gesamten Wählerschaft, nannten 39 Prozent die Ausländerpolitik der Partei als hauptsächliches Motiv für ihr Stimmverhalten. Sowohl das Traditionsmotiv als auch eine - für Oppositionsparteien typisch - am Protest orientierte Wahlpräferenz wiesen mit 21 bzw. 15 Prozent - klar geringere Werte auf (siehe Abbildung 4). *Strache* konnte mit seinem Image ebenfalls viel weniger punkten. Lediglich 15 Prozent seiner ParteiwählerInnen nannte ihn als Top-Wahlmotiv. Keine Rolle für Proteststimmen spielte auch die BAWAG-ÖGB-Affäre als Veruntreuung von Bankgeldern mit Wissen der Gewerkschaftsführung.

Abbildung 4: Top-Wahlmotiv von FPÖ-WählerInnen (2006)

Motiv	Prozent
Ausländerpolitik der Partei	39
Stammwähler und Tradition	21
Protest gegen Bundesregierung	16
Spitzenkandidat	15
BAWAG-ÖGB-Affäre	5

Angaben in Prozent. Aufgrund der vergleichsweise kleinen Fallzahl von FPÖ-WählerInnen in der Wahltagsbefragung stellen die Zahlen lediglich Näherungswerte dar.

Quelle: OGM/DUK 2006 und Filzmaier/Hajek 2007, 77-79.

Die Fragestellung lautete, wenn FPÖ als gewählte Partei genannt: *„Welcher der folgenden Gründe ist für die Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ besonders wichtig: ... ?“*

Im Grunde ist das Ausländerthema ein Werben um verängstigte ModernisierungsverliererInnen. Wer immer sich gesellschaftlich benachteiligt und bedroht fühlt, sucht nach Schuldigen und ist für Scheinlösungen anfällig. Objektive Problemdebatten sind viel zu komplex, im politischen Wettbewerb wirken klare Botschaften der Marke Anti-Ausländer. Der Wahlkampfslogan des BZÖ, mit der Abschiebung von bis zu maximal 1.000 ausländischen Arbeitslosen (sic!) Arbeitsplätze für fast 200.000 arbeitslose ÖsterreicherInnen schaffen zu wollen, fiel ungeachtet der Absurdität kaum auf.

3. Schlussfolgerungen und Thesen

Ängste und Emotionen sind ein prägendes Element der politischen Stimmungslage eines Landes bzw. seiner Bevölkerung. Oberfreulich oder nicht, auf außergewöhnlichen Unmut stößt jedenfalls das „Ausländerthema“ - die ÖsterreicherInnen empfinden „immer mehr Ausländer“. Daraus folgt für politische Akteure im Wettbewerb eine Abwendung von der sachlichen Integrationspolitik. Die Ansprache eines vermeintlichen „Ausländerproblems“ muss daher stets mitgedacht werden bzw. kann als Metathema verwendet werden, um unerwünschte Politikfelder - insbesondere Bildung, zum Teil auch in den Bereichen Arbeitsmarkt und Gesundheit - und allenfalls thematische Schwachstellen zu überlagern. Beispiele sind seitens der Rechtsparteien die Forcierung von Diskussionen über Anteile ausländischer Kinder in Schulklassen oder ausländischer Beschäftigter wie Pflegekräfte anstatt sonstiger Fragen der Bildungs-, Sozial- oder Gesundheitspolitik.

In den angesprochenen *focus groups* kam es massiv zu Äußerungen wie „Es gibt zu viele Ausländer, diese verdrängen unsere Enkel!“ und „Ausländer nehmen unseren Kindern die Arbeitsplätze weg!“ oder „Die Ausländer wissen, wo sie was holen können!“ Die

latente und/oder manifeste Ausländerfeindlichkeit gilt in westlichen Bundesländern Österreichs übrigens genauso für Deutsche: „Es gibt zu viele Deutsche, die machen jede Arbeit und nehmen uns alles weg!“. Das ist insofern von Bedeutung, als eine massive Kritik an (falschen) AusländerInnen bei einer gleichzeitigen Kritik an den Deutschen von MeinungsführerInnen nicht so leicht als aus der österreichischen Zeitgeschichte resultierender Rassismus o.ä. interpretiert werden kann.

Daraus ergeben sich für Mitte-Rechts- bzw. rechtsgerichtete Parteien beim Themenmanagement jedenfalls weitreichende Möglichkeiten (siehe Abbildung 5; vgl. *Filzmaier* 2007, 31f), welche durch die Verknüpfung nahezu jedes Themas mit AusländerInnen genützt werden können: Geht es um Sicherheit, so werden („falsche“) AusländerInnen als Sonderproblem der Kriminalitätsbekämpfung und sogar in Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus erwähnt. Das Problem eines Missbrauchs der Sozialleistungen wird als ein solcher Missbrauch durch AusländerInnen thematisiert. Geht es um Arbeitsplätze, geht es stets auch um die Frage in- und ausländischer Arbeitskräfte und eines Verdrängungswettbewerbs zwischen diesen. Geht es um Bildung (als massive ÖVP-Themenschwäche im Nationalratswahlkampf 2006), so wird beispielsweise der Anteil von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen in manchen Schulklassen angesprochen.

Solche Ansätze der politischen Kommunikation sind keineswegs neu, doch ist eine Fremdenangst bzw. Integrationsphobie derart massiv ausgeprägt, dass das Thema „Ausländerproblem“ als Hauptelement der Kommunikationsstrategie von Parteien dient. Dazu passen auch Klischees einer unzureichenden Anpassung von AusländerInnen am Lebensstil in den einzelnen Bundesländern, um das Regionalbewusstsein anzusprechen.

Abbildung 5: Einflussfaktoren von Rechts-Links-Themen

links	Metathema "Ausländer" als Einflussfaktor	rechts
Arbeitsplätze	Gastarbeiter ←	Wirtschaft
Soziale Sicherheit	Sozial-/Kriminalitäts"tourismus" ←	<i>law and order</i> (Kriminalität usw.)
Gesundheit	ausländische (illegale) Pflegekräfte ←	Pflege
Bildung	nicht deutsche Muttersprache ←	Kinder

Quelle: Eigene Darstellung.

Empirisch ist der Erfolg anhand des FPÖ-Wahlkampfes und des FPÖ-Wahlergebnisses 2006 nachweisbar. Insbesondere das Thema „Ausländer“ stellt für viele Bereiche eine Meta-Ebene dar (Arbeitsplätze, Schule, Gesundheit usw.), und muss stets mitgedacht werden. Kaum jemand wählt beispielsweise die FPÖ wegen ihrer Bildungskompetenz. Das ist empirisch anhand der Wahlmotivforschung belegt. Diskutiert sie allerdings über den Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in Schulklassen, hat die Partei plötzlich ihr Wunschthema. FPÖ-KandidatInnen haben sich selten als soziale ExpertInnen hervorgetan, doch ließen sie geschickt Unterstellungen eines Sozialmissbrauchs von AusländerInnen mitschwingen. Die arbeitsmarktpolitischen Konzepte der FPÖ waren oft unklar, es sei denn, dass Abschiebung und Nicht-Zuwanderung angeblich Jobs für ÖsterreicherInnen schaffen würden. Womit man wiederum beim Thema ist. Spricht ein/e FPÖ-PolitikerIn über den möglichen EU-Beitritt der Türkei, hat das wenig mit der europäischen Integrationsdebatte zu tun. Es geht darum, mit der Fremdenangst zu spielen.

Interessanterweise gibt es parallel dazu kaum Daten zum Wahlverhalten oder auch nur über die Wahlbeteiligung von Menschen mit Integrations- und Migrationshintergrund,

obwohl diese in mehreren Wettbewerben einen entscheidenden Faktor darstellen könnten. Standardisierte Umfragen der Wahlforschung - etwa im Auftrag des ORF - publizieren dazuzumindest keine öffentlich zugänglichen Zahlen. Lediglich tendenziell kann vermutet werden, dass SPÖ und Grüne bei eingebürgerten AusländerInnen überdurchschnittliche, ÖVP und FPÖ hingegen unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Etwas genauere Vergleichszahlen sowohl für die Bundeshauptstadt Wien (vgl. Jenny 2003) aus der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Wüst 2003 und 2007) indizieren große Unterschiede nach der geographischen, kulturellen und religiösen Herkunft

3.1 Politische Bildung als Lösung?

Die Stereotypen der österreichischen Bevölkerung zur Integration sind hauptsächlich eine psychologische und weniger eine sachliche Frage. Lösungsansätze sind daher nicht allein durch vermehrtes Faktenwissen, sondern in einer komplexen Politischen Bildung mit besonderer Berücksichtigung des Sozialen Lernens zu finden. Wie also kann die Politik eine Integrationsbereitschaft der Menschen fördern? Mit sachbezogenen Details von Gesetzen hat das nur zum Teil zu tun. Zu den psychologischen Aufgaben der Politikvermittlung zählt, dass der Staat vermitteln kann, die BürgerInnen bei ihren Ängsten ernst zu nehmen. Regierungs- und Oppositionsparteien müssen primär das Gefühl vermitteln, zuzuhören als auch konkret Missstände bekämpfen zu wollen.

Dabei gibt es mehrere Phänomene zu beachten, um nicht ungewollt kontraproduktive Effekte in der Kommunikation von politischer Integration auszulösen:

- Das *Arzt-Hypochonder-Problem* meint die Unwirksamkeit von Sachargumenten in Schuldfragen, falls ein empfundenes Unwohlsein mit der Neigung zu falschen Schuldzuschreibungen vorhanden ist. Welcher Arzt wird als am besten angesehen? Medizinisch-technisch können viele Patienten das objektiv kaum beurteilen. Subjektiv bevorzuge ich jenen Experten, der sich meine Sorgen geduldig anhört. Selbstmitleid inklusive. International vergleichende Integrationsstatistiken, wie sie seitens der Politik gerne gebracht werden, sind demzufolge kontraproduktiv. Sie gleichen vielmehr einem Arzt, der dem sich krank fühlenden Patienten erklärt, er sei ein Hypochonder. Das mag medizinisch (halb-)richtig sein, führt jedoch sowohl staats- als auch parteipolitisch zu Kontereffekten. Niemand darf Menschen die subjektive Legitimität des Gefühls, vor dem Fremden Angst zu haben, absprechen.
- Das *Fußball-Phänomen* nimmt darauf Bezug, dass analog zum Bereich Sport und Politik auch im Integrationsbereich nicht die falschen KommunikatorInnen eingesetzt werden dürfen. Linksliberale Meinungsführer haben bei rechts

orientierten Wählern keinerlei Glaubwürdigkeit. Das Publikum der politischen Bildungsarbeit ist vielmehr dort abzuholen, wo es sich gerade befindet. Es hält sich jedoch nicht im Feuilleton der Qualitätszeitungen oder in politischen Magazinen der elektronischen Medien auf, sondern beispielsweise in der sportlichen Fachöffentlichkeit vulgo Südkurve, Stammtisch oder Sportseiten der Kronen-Zeitung. Sinngemäß gilt dasselbe für Schulen, in denen nicht unbedingt LehrerInnen Integration am glaubwürdigsten vermitteln können usw.

- Das *Machismo-Problem* thematisiert eine mögliche Gegenreaktion auf eine liberalere Gesetzgebung im Integrationsbereich. Negatives Vorbild ist Spanien, wo nach Einführung weitreichender Gesetze gegen Gewalt in der Ehe zumindest mittelfristig das Gegenteil – ein Gewaltanstieg und die Gewalteskalation gegen Frauen durch ihre Ehemänner – folgte. Zumindest strategisch entspricht es den Zielen von FPÖ und BZÖ, sich über deren Kommunikationsstrategie in Integrationsfragen zu empören. Das führt zwangsläufig zur Gegenempörung und somit dem von Rechtsparteien gewünschten *agenda setting*.

Weil jedoch Schweigen bei demokratiepolitischen Fragen selten eine Alternative ist, wird das Integrationsthema zur, so der Titel des diesem Beitrag zugrunde liegenden Vortrags, politischen „*mission impossible*“ zwischen unterlegenen Inhalten und einer vor allem in Wahlkampfzeiten überlegenen Wettbewerbslogik.

Zusammenfassung: Integration als politische „Mission Impossible“? Ein Thema zwischen Inhalten und Wettbewerbslogik

Der Beitrag beinhaltet aktuelle Daten zum von Ängsten und Vorurteilen geprägten „Ausländerthema“ in der öffentlichen Meinung Österreichs. Es werden die Konsequenzen im politischen Wettbewerb der Parteien analysiert und mögliche Lösungsansätze durch Politische Bildung diskutiert. Eine klare Mehrheit der österreichischen Bürger sieht Nachteile der Globalisierung, nachteilige Auswirkungen durch die Politik der Europäischen Union, sowie eine nachteilige Zunahme der Zahl der AusländerInnen, bzw. ImmigrantInnen. Für den politischen Wettbewerb bedeutet das, dass Parteien die Fremdenangst und Konstruktion von äußeren Feindbildern in ihren Wahlkampagnen nutzen. Insbesondere seitens der FPÖ wurde das Thema Integration mit der Botschaft „Für die Heimat!“ sehr wirksam kommuniziert. Von allen FPÖ-WählerInnen nannten bei der Nationalratswahl 2006 39 Prozent die Ausländerpolitik der Partei als hauptsächliches Wahlmotiv. Die Stereotypen der österreichischen Bevölkerung gegen Integration sind jedoch hauptsächlich eine psychologische und weniger eine sachbezogene Frage. Lösungen sind daher nicht allein durch vermehrtes Faktenwissen, sondern durch soziales Lernen zu finden.

Schlüsselwörter: Integration, Integrationspolitik, Österreichische Politik, Politische Kommunikation in Österreich, Öffentliche Meinung in Österreich

Summary: Integration as a Political “Mission Impossible”? An Issue Between Content and Logics of Competition

The contribution contains current data to integration of immigrants as an issue stamped by fears and prejudices in the public opinion of Austria. The consequences of these data for party politics are analysed and possible solutions by civic education are discussed. A clear majority among Austrian citizens sees disadvantages of the globalization, adverse consequences by the policy of the European Union as well as a problematic increase of the number of the foreigners and immigrants respectively. For political competition this means that xenophobia and its construction can be used by parties in their electoral campaigns. Particularly the so called Freedom Party very effectively communicated its position against integration by the message “for a native country!”. 39 per cent of all party voters in the national elections 2006 named immigration policy as a main motive for their choice. The stereotypes of Austrians against integration are much more a psychological than a contents-related question. Therefore solutions are not only based on knowledge but also on social learning.

Keywords: Integration, integration policy, Austrian politics, political communication in Austria, public opinion in Austria

Literatur

- Breitenfelder, Ursula; Hofinger, Christoph; Kaupa, Isabella; Picker, Ruth (2004): Fokus-Gruppen im politischen Beratungs- und Forschungsprozess. *Forum Qualitative Sozialforschung (FQS)* 5/1 (2004), Art. 25. <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04breitenfelderetal-d.htm>, (20.12.2007).
- Europäische Kommission (2007) (Hg.): Eurobarometer 68: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Erste Ergebnisse. http://ec.europa.eu/public_opinion/ (20.12.2007; eine Aktualisierung ebenda erfolgt im Halbjahresrhythmus, zu den ersten Ergebnissen für Herbst 2007 siehe http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_first_de.pdf).
- Filzmaier, Peter (2005): Politumfrage Österreich, nicht veröffentlichter Forschungsbericht zu Daten der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM) im Auftrag der Abteilung Politische Bildung und Politikforschung der Universität Klagenfurt, Wien/Klagenfurt.
- Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl (2007) (Hg.): Mediendemokratie Österreich. Wien.
- Filzmaier, Peter (2007): Grundregeln politischer Kommunikation. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl (2007) (Hg.), 13-36.
- Filzmaier, Peter; Hajek, Peter (2007): Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl (2007) (Hg.), 63-90.
- Jenny, Marcelo (2003): Politikinteresse und Bereitschaft zur politischen Partizipation bei MigrantInnen in Wien. In: *Wiener Integrationsfonds* (Hg.): Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis 1 (2003), 127-140.
- Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM); Donau-Universität Krems (DUK) (2006): Zeit im Bild-Wahltagsbefragung zur österreichischen Nationalratswahl im Auftrag des ORF. <http://www.ogm.at> (20.12.2007).
- Perchinig, Bernhard (2004): Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft: Der politische Kontext. In: *Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk*

- (Hg.): Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie „The Impact of Immigration on Europe's Society“. Wien. 51-58.
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg* (2003): Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: *Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.* (Hg.): Wahlverhalten in Bewegung: Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Bd. 28). 97-158.
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg* (2007): Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In: *Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.* (Hg.): Wechselwahlen: Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien. 155-194.
- Wüst, Andreas M.* (2003): Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52 (2003), Bonn/Berlin, 29-38.
- Wüst, Andreas M.* (2007): Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten. In: *Frech, Siegfried; Meier-Braun, Karl-Heinz* (Hg.): Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration. Schwalbach/Taunus. 145-173.

Korrespondenzadresse:

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier
Department für Politische Kommunikation
Donau-Universität Krems

Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
3500 Krems
Österreich

E-Mail-Adresse:

peter.filzmaier@donau-uni.ac.at